

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie des

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint am Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgelb),  
bei Auflistung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanting, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow,  
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Bremerstr. 11, 1. Et.

Vereins-Anzeigen  
für die dreigesparte Pettigalle oder  
deren Raum 80.-.

## Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Partei der deutschen Sozialdemokratie. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, Abrechnung über das zweite Quartal 1904. Bekanntmachungen der Bauvorstände, Gerichte. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc. — Aus anderen Bereichen: — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefstafen. — Anzeigen.

**Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie**, über dessen am 18. September erfolgten Zusammentritt wir bereits berichtet haben, ist Sonnabend, den 24. September, geschlossen worden. Eine volle Woche, mit Ausnahme eines einem Ausflugs nach Holzland gewidmeten Tages, hat er der Erledigung seiner Aufgaben gewidmet. Dazu gehörten in erster Linie die Berichte des Vorstandes und der Bericht der Kontrollkommission, sowie der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Aus erstem Bericht, erstattet von den Parteisekretären Pfannkuch und Gertsch, ist als Hauptfrage hervorzuheben der Nachweis der stetigen Erstärkung und Ausbreitung der Partei. Der Kassenbericht ergibt, daß die Kassenverhältnisse der Partei im abgelaufenen Jahre durchaus befriedigend waren. Die sozialdemokratische Presse Deutschlands zählt nach der vorliegenden Angabe 620 282 zahlende Abonnenten — ein Stand, so hoch wie nie zuvor.

Im Bericht der Kontrollkommission waren einige unangenehme Differenzen in den Parteigemeinschaften zu Mühlhausen, Düsseldorf und Bielefeld zu erwähnen. Hauptsächlich tragen die betreffenden Kritiken dazu bei, die häblichen Streitigkeiten, welche lediglich auf persönliche Gemütsurgen resp. unkluges Verhalten einiger Genossen zurückzuführen sind, aus der Welt zu schaffen.

Die Diskussion zu den Fragen der Agitation und Organisation brachte eine Fülle von Wünschen. Letzterer Punkt, die von vielen Seiten beantragte Neugestaltung der Parteiorganisation, war als Hauptpunkt der Tagesordnung gebadet. Jedoch gelangte nach einem informierenden Referat des Genossen Gertsch der Parteitag zu dem Beschuß, von einer Debatte abzusehen, die vorliegenden Anträge vielmehr einer aus 23 Personen bestehenden Kommission zu überweisen, welche die Aufgabe hat, spätestens bis drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsplan auszuarbeiten und der Partei zur Diskussion zu unterbreiten. Dieser Beschuß darf als ein durchaus glücklicher bezeichnet werden. Die zu entscheidenden Fragen bedürfen einer gründlichen und umfassenden Prüfung, so insbesondere die von vielen Seiten angeregte Frage: die Parteiorganisation nach dem Muster der gewerkschaftlichen Zentralverbände einzustufen.

Nicht unerwartet waren die Debatten über den „Fall Schippel“, der schon solange die Partei beschäftigt. Daß Schippel durch sein Verhalten in der Frage der Polizei gefehlt und Ladel verdiente, wurde von allen Seiten zugegeben. Doch gingen die Meinungen darüber auseinander, wie diese Verfehlung zu ahnden sei. Von mehreren Seiten wurde empfohlen, nicht die äußerste Strenge walten zu lassen. Schippel selbst gab in seiner Verteidigung die Erklärung ab, daß er Gegner der Agrarzölle sei und gemeinsam mit der Partei dieselben bekämpfe. Nach erörterter Aussprache wurde mit 239 gegen 44 Stimmen

in namentlicher Abstimmung folgende Resolution Bebel angenommen:

Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unlichkeit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelzölle verhalten und dadurch unserem Feind Material gegen die Partei gesetzt hat.

Womöglich ist der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gebracht, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teilte, so wäre es nun so unbegrifflich und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfum und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrscheinlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häblichen und hochfaulenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verschafte, das sich zum weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat.

Dieser Resolution wurde mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Stimmenabstimmungen folgendes von Freyhaler beantragte Amendement hinzugefügt:

Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, das ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs zweckmäßigste eingeschränkt und daß, wenn Schippel fortsetzt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gewogen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.

Wir haben uns von der Gerechtigkeit und Nutzlichkeit dieser Resolution und des Amendements nicht überzeugen können. Sie ist gehässig und schwammig zugleich. Die Notwendigkeit, Schippel einen Ladel auszuprächen, haben auch wir anerkannt, nicht wegen Schippels handelspolitischer Anschaufungen, sondern wegen seiner Zweideutigkeit, die den Schein erweckt kommt, als wäre Schippel ein Befürworter von Agrarzöllen, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die gesamte Partei im heftigsten Kampfe gegen den Zollwucher stand. Um diesen Ladel auszuprächen, genügte eine Kundgebung, wie sie die Resolution Paeplow in eindeutiger Weise ansprach:

Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen Ladel dafür aus, daß er durch seine handelspolitischen Vorreden und den Schein erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelzölle.

Diese Resolution, die vor der Bebelshen zur Abstimmung kam, wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Viele ihrer Anhänger stimmten dann, um überhaupt einen Ladel auszuprächen, für die Resolution Bebel. — Hauptsächlich zieht Genosse Schippel nicht die „Konsequenz“, die der Berichtsteller Lebedow im Amendement Freyhaler unterlegen wollte, nämlich Schippel aus Niederlegung seines Mandats zu zwingen. Eine solche Tendenz hat der Parteitag trotz aller Scharfmacherie dem Amendement nicht geben wollen.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung: „Mätefer“, erstattete der Genosse Richard Fischer-Berlin ein Referat. Er wandte sich u. A. gegen das von gewerkschaftlicher Seite erhobene Bedenken, betreffend das Festhalten an der Arbeitsruhe. Nach dem Beschuß des internationalen Kongresses in Amsterdam solle die Arbeitsruhe nur durchgeführt werden, wo keine Schädigungen der klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Unzutreffend sei der Einwand, es gehe nicht an, daß die Partei so weitgehende Beschlüsse fasse, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung

dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälze. Das ist bemerkte Nedner — ein Gründritus; es ist einfach nicht wahr, daß der Beschuß von den Vertretern der politischen Parteien gefasst ist. So wohl auf dem internationalen Kongress in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend; alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Mätefer, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zu stande gekommen; zu allen internationalen Kongressen haben die deutschen Gewerkschaften eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der Leute, der sich verbunden wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufobdet, aber doch nur in der Einprägung, daß kein internationaler Kongress und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erfüllung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Über der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Mätefer ist historisch und gerade durch das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wenn hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldosten bei einem Massenkampf die entsprechende Rolle gespielt? Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kampf des Tages, über dem Streitum Einzelstreiken die großen Zielpunkte der Arbeiterklassenbewegung, das Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der ökonomischen und der politischen Herrschaft, des Kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. Und gerade unter diesen Gesichtspunkten hat die Mätefer ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unseren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Mätefer Jahr für Jahr ablegen. Und wenn dann immer unsere guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftverwendung sei, für eine bloße Formstück, für eine Demonstration, die ihrem Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften haushälterisch zu Wege gehen und ihre Kassenfüllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung zu trennen in zwei Flügel, dort den Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intrasigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse faktizieren kann. Unsere Aufgabe muß

vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß das Glaubens-

bekanntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen, und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandshalber erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekanntnis mit dem Geist des Klassenbewußtheins erfüllen, so daß die Deftlichkeit der Massen zu einem Herzensbedürfnis, unserer Gegnern zu einem drohenden Menetzel wird."

Diese Ausführungen erfuhrn lebhafte Zustimmung, aber auch einige Einwendungen. Unser Kollege Bömelburg trat den Ausführungen bei der Festhaltung des Standpunktes, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zu einer unbedingten Pflicht gemacht, diese Frage vielmehr nach Maßgabe des Amsterdamer Beschlusses von Fall zu Fall entschieden wird. Er bemerkte u. A.: "Einer der Vorredner sagte, die Gewerkschaften würden die Maifester durchführen können, wenn sie Geld dafür ausgeben wollten. Wenn Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe erfolgten, sollten die Gewerkschaften das benutzen, um ihre Forderungen zu stellen, und den Kämpfekampf sofort stattfinden zu lassen, den sie sonst vielleicht im Juli durchgeführt hätten. Wenn die Gewerkschaften so handeln wollten, würden sie in Grund und Boden ruiniert werden. Wer wollte es wagen, zu sagen, daß z. B. die Leiter des Bergarbeiterverbandes verpflichtet wären, für die Maifester einzutreten, obwohl sie wissen, daß schließlich eine große Aussperrung der Arbeiter erfolgen würde. Ich bin seit überzeugt, daß, wenn durch ein solches Vorgehen der Gewerkschaftsführer Tausende, unter Umständen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht würden und es sich später herausstellen würde, daß der mit dem Unternehmertum aufgenommene Kampf nicht siegreich durchgeführt werden kann, ja, daß es sogar nicht möglich wäre, für die Kämpfenden die Mittel aufzubringen, daß dann alle, die heute sagen, die Gewerkschaften sollen ihre Fässen leeren für die Maifester, diesen Gewerkschaftsführern vorwerfen würden, daß sich ihre Taktik als eine sehr schlechte erwiesen habe, daß sie diesen Schritt nicht hätten tun sollen. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich muß Ihnen offen sagen, selbst bei Verband, dem ich angehöre und dessen Vorsteher ich sein könnte, die Ehre habe, hat vor einigen Jahren auf seinem Verbandstage den Beschluß gefaßt, aus der Verbandskasse Mittel zur Unterstützung derjenigen, die infolge der Maifester gemobbt werden, nicht zur Verfügung zu stellen. Und wir befinden uns in der Lage — ich mache gar kein Gesetz daraus — im nächsten Jahre diesen Beschluß erneuern zu müssen. So wie es bei uns liegt, so liegt es auch bei anderen Gewerkschaften. Was glauben Sie wohl, wenn wir einen Artikel im „Grundstein“ schreiben würden: die Verbandskasse stellt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung und nun mal los — ich kann Ihnen versichern, die Zahl der maifestlichen Maurer, die sich ja heute schon großartig und fast einmütig an der Arbeitsruhe beteiligen, würde mindestens um 50.000 steigen. Über weder wie noch liegend eine andere Organisation kann so große Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Würden wir diesen Weg betreten, so wäre es leicht möglich, daß das Unternehmertum darin eine Handhabe finden würde, um schließlich die Organisations bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Wir sind also vom tatsächlichen Standpunkte aus gar nicht in der Lage, die Sache offen propagieren zu können. Daher werden wir auch von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai leider für unabsehbare Zeit nicht reden können."

Folgende vom Referenten bisher vorgeschlagene Resolution fand nahezu einstimmige Annahme:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Bari 1892, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1902, feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Werkfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es höher den Arbeitern und Arbeitersorganisationen zur Aufgabe, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Von Wichtigkeit ist noch die Verhandlung des Punktes 6 der Tagesordnung: „Komunalpolitik“. Das Referat hierzu erstattete Genosse Dr. Lindemann. Folgende von ihm vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Gemeinde in heutigen Staaten ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Volkszahl gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie dem aus der Klassenorganisation unseres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entstehenden Befehlungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Klassenschwäche auszuhüben. Nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Basis für eine Verwaltungsfähigkeit freigemacht werden, welche die Wohlthat aller gleichmäßigen fördert.

Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeindeangehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der größeren Verwaltungskörper erzeugt, andererseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt.

Zu Gegenpart zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen bestreiteten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Wählereigenschaften; Einführung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl (Vorholungswahl).

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsreiches auf das Recht der Beanstandung ungerechter Verwaltungssachen der Gemeinden; Aufhebung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Das Gemeindebeweiswesen ist in seinen Grundzügen durch einheitliches zu regeln.

Die Deklaration des kommunalen Beweises soll erfolgen durch:

a) Staatliche Zusätze für die Ausgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenstiege, Wegebaus.

b) Zuflüsse an den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zugeschenkt werden, kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden.

c) Befreiung des unbedienten Verzinswuchses an Grund und Boden.

3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundsätze maßgebend:

a) Die Errichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benutzung kommunaler Verkehrsinfrastrukturen vor Ausnutzung haben und durch ihre Natur zu monopolieller Ausbeutung neigen (Büro, Kraft- und Wärmenetzwerken, Straßenbahnen etc.), sowie für die Errichtung des Volksgesundheitswesens (Leitungswegen, der Ernährung, Förderung der Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Pestizitäten, Pestizitäten, der Volksbildung (Bibliotheken, Lesehallen etc.), des Wohnungswesens).

b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Ein übrigen sollen die Art und Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benützenden Privatkassen angepaßt sein.

4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:

a) Errichtung von Arbeitsautoren als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit dem Ausgaben der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsverteilung und der Überwachung der sozialpolitischen Gedanken der Gemeindeverwaltung; Einführung der sogenannten Lohnflaute in die Arbeits- und Sicherungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konstituierten Privatkleinunternehmungen und Abschaffung der Streifflaute; strenge Maßregeln, um bei Vergedung und Abnahme von Gemeindearbeiten und Lieferungen allen Schwäbungen vorzubeugen, die den Gemeindeinteressen von den Bewohnern insbesondere durch die Ausnutzung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugestellt werden könnte.

b) Einführung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Feststellung der Löhne nach Gewerkschaften; Bildung von Lohnkassen und Lohnstellen nach Dienstgebieter, Schlundtag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahllage; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die flagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

c) Volle Kooperationsfreiheit für die städtischen Arbeiter- und Beamten.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben.

Sofort die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden."

Schließlich wurde noch eine Reihe der verschiedenen Anträge erledigt.

Der seitherige Parteivorstand wurde wieder gewählt; zu ihm tritt als dritter Parteisekretär der Genosse Molkenbuhr. Auch die Kontrollkommission behält die seitherige Zusammensetzung. Der nächste Parteitag wird in Jena stattfinden.

In seiner Schlussrede sagte der Vorsitzende Genosse Diez: „Man kann sagen, daß der Parteitag von Bremen in fleißiger Arbeit der guten Sache gebient hat; neue Gedanken sind ausgestreut, die hoffentlich eine reiche Ernte zeitigen werden. Dleßenigen allerdings — und das trifft die bürgerlichen Parteien —, die glaubten, daß es hier zu interessanten Auseinandersetzungen kommen würde, haben ihre Rechnung nicht gefunden. Aber wir können es ja niemals recht machen. Sind wir interessant, dann kriegen wir was aufs Dach, und erlebigen wir in ruhiger Weise die Geschäfte, dann

kriegen wir auch was. Dann sagt man: wir haben geglaubt, ihr würdet hier Bäume aus der Erde reißen, das ist nicht geschehen, ihr seid langweilige Leute. In dieser Stimmung können Sie die bürgerliche Presse allerorts jetzt antreffen. Ginge es nach uns, hätten wir zu entscheiden, so würde uns der Weg zu unserem Ziel durch ein blühendes Gefüde führen, wo Arbeit, Kunst und Wissenschaft uns das Leben verschönern. Unsere Gegner freilich würden, daß unser Weg durch blutige Schlachtfelder, über Bärtaden führt. Aber den Gefallen tun wir Ihnen nicht, wir halten es mit unserem alten Vorläufer Friedrich Engels, der da gesagt hat: „Bei der Gelehrsamkeit der Sozialdemokratie befindet sich die Bewegung rote Wangen und pralle Lenden.“ Das ist richtig: Wir schaffen sicher in den Sozialismus hin ein, denn einer freiwilligen Armee, die nach Millionen zählt, kann die alte moralisch gewordene Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. Um unser Ziel zu erreichen, dazu gehört Agitation, Organisation und die alte Opferfreudigkeit.“

Der Parteitag bestätigte diese schönen Worte durch ein dreifaches Hoch auf das Blühen und Gediehen der deutschen Sozialdemokratie.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

### Deutschland:

#### Hamburg:

Zweigvereinsgebiet Hamburg (Sperre über Feck-Söhne, Kühl-Altona und Peters-Eidelstedt), Bergedorf (Sperre über Odemann & Breneke);

#### Schleswig-Holstein:

Ahlbeckendorf (Sperre über Störling in Laboe), Uetersen (Sperre über Hans Silau);

#### Mecklenburg:

Rostock (Aussperrung);

#### Pommern:

Alt-Damnn (Sperre über E. Brand, Riemann & Co. und E. Vogelsang in Höckendorf), Podejuch (Sperre über Kumm und Ulrich), Richtenberg-Franzburg (Sperre über Heuer);

#### Prov. Brandenburg:

Potsdam (Sperre über Thiemann, Wittstock (Sperre über Spangenberg), Treuenbrietzen (Differenzen));

#### Ost. n. Westpreussen:

Marienburg, Strasburg (Streiks), Sensburg (Sperre über Reese);

#### Prov. Posen:

Gritz (Streik), Rawitsch (Sperre über Konrad in Mossel);

#### Sachsen:

Militisch (Streik), Lennitz (Aussperrung), Breslau (Sperre über Steiner & Lindert);

#### Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperre über die Bahnhofsgebäude der Unternehmer Risse & Lingsleben an Halle, Bernsd. an Dresden und Daniel Marin an Spilimberg);

#### Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby, Calbe (Aussperrung), Quedlinburg (Streik), Erfurt (Sperre über J. Schank und Wagner), Merseburg (Sperre über Graul), Dessau (Sperre über Thiemicke und Seelmann), Gross-Ottersleben (Sperre über Dennowitz), Keuselberg (Sperre über Albert Jacob);

#### Hessen:

Mainz (Sperre über Joh. Petri in Bischofsheim);

#### Rheinprovinz:

Steile (partielle Streiks), Altenessen (Sperre über Jac. Pagels), Wiesdorf (Sperre über Kortlang), Barmen-Elfendorf (Sperre über Hansberg und Ewald Becker), Crefeld (Differenzen);

#### Westfalen:

Witten (Streik), Hörde (partieller Streik);

#### Bremen:

Bremervörde - Geestemünde - Lehe (Aussperrung), Bremen (Streik);

#### Ausland:

##### Ungarn:

Budapest (Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter). \*

Der Streit im Gerresheim wurde Sonntag, den 26. September, aufgehoben. In der letzten Zeit handeln den Unreinen viele Streikbrecher, die alle aus den umliegenden Dörfern, besonders aus Unterbad, kamen, zur Verstärkung, so daß unter diesen Umständen an einen Sieg nicht mehr zu denken war. Die Gerresheimer Kollegen werden hoffentlich die richtige Leute herausziehen und nunmehr mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Maurer sich auf den Dörfern auch organisieren.

Von Herrn Albert Bergerhoff, Bauunternehmer in Gründelberg a. d. Ruhr, erhalten wie folgende Beförderung: Gründelberg, den 21. September 1904.

An die Geschäftsstelle des „Grundstein“, Hamburg, Bremervörde, 11.

Auf den Artikel in Nr. 87 des „Grundstein“ erwähnt ich, daß eine Maßregelung in meinem Geschäft nicht stattgefunden hat; der Sachverhalt ist folgender:

Am Montag nach der Löhnung wurden zwei Männer bei mir wegen Lohnangabestreit vorstellig und habe ich die Angelegenheit zur Besprechung geordnet. Während die beiden Männer vorstellig waren, sind einige Kaufleute im betrunkenen Zustand an der Baustelle gewesen, die unverhohlen und sagten, daß sie heute auf Meisters Kosten "blau" machen wollten. Als dies mein Sohn hörte, verließ er denselben die Baustelle, und das mit Recht, woraufhin ein Mann nichts Eiligeres zu tun hatten, als die Arbeit niedergelassen und mit dem Rosigeld zu verbüsten. Dass von mir eine Wiedererstellung — da ich ja keine Leute entlassen habe — verlangt worden ist, ist ebenfalls eine unrichtige Angabe.

Sie wollen daher eine Verstärkung gest. bewirken, und bin ich überzeugt, daß Bauarbeiter, die dem Verbande angehören und bei mir gearbeitet haben, resp. noch arbeiten, den Sachverhalt ebenso förmlich werden.

Von einer Maßregelung kann also keine Rede sein, zumal es mir ganz egal ist, ob Leute beschäftigte, die dem Verbande angehören oder nicht; ebenso gönne und bezahle ich einem jeden meiner Leute, welche fleißig und tüchtig sind, einen guten Lohn. Ungerückschlägen dulde ich in meinen Geschäften nicht und keine aus keiner Klassensöhne.

Achtungssollt Albert Bergerhoff.

Wir können selbstverständlich von hier aus nicht beurteilen, inwieweit die Darstellungen des Herrn Bergerhoff zutreffend sind. Wir müssen es deshalb unseren Mitgliedern in Königsberg überlassen, sich in der Sache zu äußern.

Der Streit in **Katernberg - Notthausen-Areal** ist eigentlich zu Ende geführt. Der Arbeitsgeberverband wollte es durchaus nicht zu einem Vertragsschluss kommen lassen. Weil einzelne seiner Mitglieder nicht an sehr mit dringenden Arbeiten gefesselt waren, sagten andere durch den Streit in angebrücktes gerieten, wurde den letzteren erlaubt, die Forderungen der Gejellten zu unterschreiben. Damit war den Streitenden nun durchaus nicht geboten. Die Absichten des Arbeitsgeberverbandes richtig erkannt, wurde beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis der Vertrag vom Arbeitgeberverband anerkannt wurde. Dieser Beschluss wurde dem Vorstand mitgeteilt, und darauf ließ es Antwort eines Schreibens des Inhalts, daß der "Höchststandort" für "geiste" Maurer an 48 & festgesetzt sei; um übrigens sollten für die Bürgermeister Stoppenberg, mit Ausnahme der Klindung, dieselben Beziehungen, maßgebend sein, wie in Borsig und Utzenstorf. Dies Angebot wurde von den Streitenden einstimmig abgelehnt. Dann sah sich der Arbeitsgeberverband veranlaßt, da sich kein anderer Ausweg für ihn mehr zeigte, den Vertragsschluss in der von den Mauern gebildeten Weise zu vollziehen. Mit Ausnahme von den Städten Steele, Werdin und Rettigkost besteht jetzt im ganzen Zweigvereinsgebiet Eben die gänzlichste Arbeitszeit. Der Erfolg ist ein vollständiger und lassen sich unsere Kollegen den weiteren Ausbauten der Organisation am Herzen liegen, werden weitere Erfolge nicht ausbleiben. In Steele ist es bis jetzt noch nicht zur Ruhe gekommen. Die Mitglieder des Arbeitsgeberverbandes wollen vor einem Vertrage nichts wissen. Doch steht auch dort die Bewegung für die Streitenden sehr günstig. Am Beginn des Streits waren vorstief 147 Männer bei 19 Unternehmern beschäftigt. Die Forderungen befürchtet haben, bis jetzt zwölf Unternehmern, die 186 Männer beschäftigen. Bei sechs Unternehmern wird gestreikt, doch verfügen dieselben über 25 "Arbeitswillige". Die Namen dieser Unternehmer sind David, Strieder, Thiemann, Steinecke, Bege und Helwig. Niederrhein zwei Betriebsfirmen mit 20 Mauern konnte bis jetzt seine Sperr verhangen werden, trotzdem die Inhaber unserer Forderungen direkt ablehnend gegenüberstanden. Es sind dort nur neue Kollegen organisiert. In diesem Jahre wird dort auch wohl nichts zu machen sein, für die Organisation hat keine Lust, für Interessen die Karanten aus dem Feuer zu holen. Am Donnerstag, den 22. September, tagende Verhandlung beobachtet, die Sperr aufrecht zu erhalten. Da die Arbeitsgelegenheit im ganzen Zweigvereinsgebiet Eben gut ist, wird um Zugang von tüchtigen Verbandskollegen gebeten, die hauptsächlich in den Vororten untergebracht werden sollen.

Aus Hörde wird uns berichtet: Nachdem es in letzter Zeit gelungen war, bei Mehrzahl der hiesigen Unternehmern den geforderten Stundenlohn von 50 & und die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, wozu allerdings mehrere Bausperren notwendig waren, haben bei der letzten Löhnung die Unternehmer angeknüpft, daß von jetzt ab nur noch 48 & bezahlt würden. Die Kollegen sind hiermit jedoch nicht einverstanden. Es wurde nochmals bei den Unternehmern angefragt, ob sie den Lohn von 50 & pro Stunde weiter erhöhen wollten, was dieselben jedoch verneinten. Es sind behoben die Bauten der Unternehmer Hupack, Adermann, Peters & Möller und Gebr. Giese gerichtet. Die Innungsmaster haben eine Konkurrenzstrafe von M. 800 festgesetzt für denjenigen, der mehr als 48 & bezahlt. Leider sind auch mehrere Streitbrecher zu verzeichnen. Da jedoch die Arbeiten drängen, wird es nicht allzu schwer fallen, die kontraktionsfähigen Unternehmer zu zwingen, den Befehl anzuerkennen. Die Polizei geht gegen die Streitenden stark vor. Es haben schon mehrere Verhaftungen stattgefunden; die Inhaber wurden jedoch bald wieder freigelassen. Charakteristisch ist der Auspruch des Bruders eines Unternehmers, der da meinte, es dauere sein halbes Jahr mehr, dann würden die Männer wieder für 40 & arbeiten. Diejenigen kommenen nun wieder die hiesigen Kollegen gründlich gefordert.

An den Eisenenbauteilen in Nürnberg, die von der Firma Chr. Fr. & Gundbrunn ausgeführt werden, wurden in der vorigen Woche 40 Männer und Steinbauer plausibel aus der Arbeit entlassen, weil sie sich geweigert hatten, mit einem Maurer, namens Müller, der auf den Bedarf gekämpft und einige seiner Mitarbeiter mit Eschen bedroht hatte, zusammenzuarbeiten. Die Entlassung dieser Kollegen hat die übrigen 100 bis 150 Männer und Steinbauer, die an den Eisenenbauteilen bei der oben genannten Firma beschäftigt sind, so in Aufruhr gebracht, daß sie nur mit Mühe von einer sofortigen Arbeitsentlassung zurückgehalten werden konnten, doch nicht ausgeschlossen, daß die Arbeit nicht noch nachträglich niedergelegt wird, wenn die Firma sich nicht zu Konzessionen bereit erklärt.

In Königsberg ist es in der letzten Woche noch ziemlich unruhig gewesen. Der Streit wurde aufgehoben, nachdem sich

die Unternehmer bereit erklärt hatten, für dieses Jahr den alten Vertrag anzuerkennen und vom 1. April 1905 den Lohn um 5 & pro Stunde zu erhöhen. Ferner haben die Unternehmer einen Vertrag ausgearbeitet, wonin aber auch einige Stellenvereinbarungen des Baumeisters eingetragen sind, die dieser schon vor zwei Jahren aus dem Berliner Vertrag bezogen und in Königsberg zugestellt hat. Dieser Vertrag soll nun die um Arbeit nachsuchenden Männer zu persönlich unterschreiben. Die Streitenden wollen hierüber aber nichts wissen, weil in dem Schriftstück stand, daß es die Arbeitsbedingungen des Baumeisters vereinbart seien. Um nun Muße zu bekommen, haben sie die Unternehmer mit der Vorstellung des Gewerberats, Herrn Professor Dr. Geißel, nahm die "Tribuna" ihre sahnen Anklagen zurück und brachte eine wahrheitsgetreue Bericht. Die immer stärker ausgewichene Auswanderung ihrer Landsleute und die damit für letztere verbundenen Gefahren in fremden Ländern, hauptsächlich aber die Wohneinhung, daß die Italiener vielfach im Auslande rücksichtlosen Unternehmern schutzlos preisgegeben sind, veranlaßte im Jahre 1900 eine Ansammlung italienischer Männer Italiens (an ihrer Spitze Bischof Bonomelli) eine Sonderversammlung zu bilden, welche durch Errichtung von Arbeitserkundlern in Deutschland, der Schweiz, Luxemburg u. w. in allen Bedrängnissen der Italiener befreit werden will. Diese italienischen Arbeitserkundlern (vgl. Blatt 31) entfallen eine ähnliche Tätigkeit wie unsere deutschen Gewerbeberatungen, nur daß sie den Italienern auch noch religiösen Besitz haben. Sie dienen ausschließlich den Interessen der italienischen Arbeiter. Darum ist es eine Verdächtigung der sozialdemokratischen Presse, wenn sie die Hauptzeitung, die Opera di Assistenza sowie deren Organ, die "Patria" in Freiburg i. Br., würden Streitbrecherleute leisten. Gerade das Gegenteil ist der Fall: in jeder Nummer der "Patria" prangt an hervorragender Stelle in Grosschrift ein Verzeichnis jener Orte, wo es keine Männer oder Arbeitgeber sich im Streit oder in der Aussperrung befinden, mit der Aufforderung, Zugang streng fernzuhalten. Allwohlentlich wird der "Patria" das Streitberichtsblatt zugestellt vom christlichen Maurerverband, welcher die "Patria" auch als sein Organ für seine italienischen Mitglieder ausstellt hat. Ferner wird jedes Geschäft nach Arbeitskräften im Interessenten daran ergriffen, ob es unverdächtig ist, andernfalls wird die Aufnahme verweigert und dem Auftraggeber über den Grund der Verweigerung entsprechende Mitteilung gemacht. Kann man in der Tat noch weitgehender die Regel der Arbeiterschaft (ob italienisch oder deutscher) wahren? Wer ohne Vorurteil die "Patria" liest, wird anerkennen müssen, daß sie weniiglich zum friedlichen Nebenanderarbeiten der Italiener mit ihren deutschen Kameraden beitragen. Indem sie fortwährend für die wissenschaftliche Hebung der Lebenslage der Arbeiter sowohl im Heimatlande, in Italien, als auch in Deutschland eintritt. Wie sie schon in einer ihrer ersten Nummern (Nr. 4) darauf hinweisen, gegenüber verlorenen Arbeitsangeboten vorsichtig zu sein, weil in der Regel damit Streitbrecher gefordert werden, so bringt sie in jeder weiteren Nummer gleich oder ähnliche Aussäße. Uebrigens ist die sozialdemokratische Presse der Aufforderung, auch nur einen einzigen Streitbrecher zu nennen, der durch die Opera di Assistenza oder die "Patria" vermittelte worden sei, bis heute noch nicht nachgekommen; damit sind ihre Anklagen wohl um besten widerlegt. Indes gehabt der Opera di Assistenza sowie der "Patria" Anerkennung für ihre Aussklärung, wodurch verhütet wird, daß Italiener durch Unkenntnis oder gar Böswilligkeit das Streit, der deutschen Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lebenshaltung erschweren.

Die Redaktion des "Corr." schreibt hierzu: "Für uns ist hier mit diese Angelegenheit erledigt."

Dagegen sagt das "Correspondenzblatt der Generalkommission": "Wir müssen indes gesiegen, daß für uns damit die Angelegenheit keineswegs abgeschlossen ist, sondern daß die Beweissführung erst zu beginnen, wo sich der Gegner weiter zu wünschen verucht. Der "Corr.", der die Mitteilung unserem Correspondenzblatt entnahm, hätte zweifellos besser getan, sich selbst über das uns vorliegende Beweismaterial näher zu unterrichten oder wenigstens von dem Berichtsgeschäft der "Patria" Kenntnis zu geben, ehe er die darin aufgestellten Behauptungen als solche von sachfundiger Seite kritiklos legitimiert und die Angelegenheit für erledigt erklärt. Er hat damit der Sache der Abwehr der italienischen Streitbrecher den schlechtesten Dienst geleistet, denn auf sein Ergebnis werden sich jetzt die "Patria" und mit ihr die gesamte christliche Gewerkschaftspresse be rufen, um das Verhalten des christlich-katholischen Auswanderermission zu rechtfertigen.

Wie wenig der "Corr." in der Lage war, diese Angelegenheit abschließend zu beurteilen, geht allein schon daraus her vor, daß sie wohl von dem durch die "Patria" Redaktion in Freiburg veranlaßte "Tribuna"-Artikel, der in die Angaben ihres Berliner Correspondenten Zweifel setzt und sie als irregelmäßig bezeichnet, Kenntnis gibt, aber nicht von dem nachfolgenden "Tribuna"-Artikel, in welchem deren Berliner Correspondent durch wichtiges Beweismaterial seine öfterschen Anklagen erhardtet und das Eigengewobe der Donomelli-Patria rücksichtlos verzerrt.

Wahrscheinlich kannte die "Corr." Redaktion diese Antwort der "Tribuna" nicht, konnte sie auch nicht kennen, aber sie mußte wissen, daß die Stelle, die zuerst den Kampf gegen diese präzise Streitbrecherermittlung aufgenommen hat, auch über die weiteren Städte dieser Angelegenheit unrichtig ist." Es folgt dann ein langer Artikel des Berliner Correspondenten der "Tribuna", worin die schon von uns erhobenen Anklagen aufs neue bestätigt und neue Tatsachen zur Beleuchtung der Streitbrecherermittlung durch die "Patria" angeführt werden. Zum Schluss dieses Artikels heißt es:

"Sobald nach allen Auseinandersetzungen in der deutschen Presse, selbst nach der Zustimmung, welche das Berliner Tageblatt, das sicher nicht als sozialdemokratisches Organ in Betracht kommen kann, dem offenen Vorgehen der "Tribuna" zollte, und nach dem Brief, den der wirkliche Herr Geißel an Sie gerichtet hat, bleibt die "Patria" unverfehlbar und bringt in ihrer Nummer vom 4. September folgende Annonce:

"Erlüttige Granitsteinhauer können in den Brüchen der Firma A. K. K. in Waldheim (Baden) Arbeit finden."

Und das gerade in dem Moment, als die Arbeiter der Firma K. K. in Waldheim sich im Streit befinden!

Was nicht es, daß die "Patria" in einem Anfall von Gewissenskonfusionen in der Nummer vom 4. März (vor sechs Monaten, wer denkt heute noch daran!) einmal die Mahnung schreibt, keine Arbeit anzunehmen nach Orten, wo gestreikt wird,



dann das „christliche“ Blatt, die aus Stahl herübergelommenen Streitbrecher von sich abzutrennen. Diese haben sich immer als christlich organisiert bezeichnet, sind auch alle in der dortigen Katholiken-Mitglied gewesen, haben es aber dann schließlich vor gezeigt, Beiträge nicht mehr zu zahlen, was aber erst später von uns festgestellt wurde. Einige dieser „Christen“ sind sogar aus westfälischen Streitkarten wegen Streits abgerissen, um dann den Holländern zu fallen.

Stadt unter den Kampf bis zum Schluss mit durchgeführt haben und heute bei uns im Verbande Mitglieder sind.

Die „Grundsteinlager“ sind hierdurch jedenfalls genügend gefärbt. Die „Bauwirtschaftsberichte“ entsprechen genau so der Wahrheit wie die russischen Siegesberichte. Auch bei der Bauwirtschaft gilt der Grundsatz: „Werleute nur dreist, es bleibt immer etwas hängen.“ Es verlornt sich aber nicht immer, auf ihr Geschreibe einzugehen, denn jene ist Zeit und Papier zu kostbar. Louis Vornstorff, Gaubürosseigner.

\* \* \*

Gau München. Nachdem in München die Bahnbewegung ihr Ende erreicht hatte, war es der höchsten Gauleitung wieder mehr möglich, die Agitation auch nach außen hin in rege Weise zu betreiben. In letzter Zeit fanden in einer Anzahl von Orten Versammlungen statt, in denen teils Kollege Hartl, teils die stolzen Pug und Birnbaum referierten.

In Rosenheim und Melsenthal fanden sehr gut besuchte Versammlungen statt. Die Organisation hat in beiden Orten einen erfreulichen Aufschwung genommen, so daß nun mehr ganz wenige Indifferente zu verzögern sind. Die beiden Orte geben ein Beispiel, was eine tüchtige Verwaltung zu leisten vermag.

In Weingarten war die Versammlung schwach besucht. Unter Kollege Schwarz hat dort einen schweren Standpunkt; jedoch ist auch dort in letzter Zeit eine Erhöhung der Mitgliedschaft eingetreten. Hoffen wir, daß dies in Zukunft noch mehr der Fall sein wird.

In Augsburg, Weingarten und Landsberg a. R. wurden Zweigvereine gegründet und ist zu hoffen, daß dieselben sich als lebensfähig erweisen.

Auch in Landshut fanden in letzter Zeit zwei Versammlungen statt, die aber infolge des dortigen unglaublichen Indifferenzrangs derzeit schlecht besucht waren, daß von einem wirklichen Resultate nicht gesprochen werden kann. Nur so fort, daß Landshuter Maurer, die fröhliche Eurex Indifferenzrangs werden ihr noch mehr versprechen müssen als dies heute schon der Fall ist.

In Straubing und Passau wurden wiederholte Versammlungen abgehalten und sind in beiden Orten Zweigvereine gegründet. Beide Orte haben ebenfalls eine erfreuliche Anzahl von Mitgliedern auf. In Straubing waren in letzter Versammlung auch eine Anzahl Indifferenter erschienen. Großer allgemeiner Erfolg wurde den Ausführungen des Kollegen Hartl gezeigt. Als es aber zur Neuauflnahme von Mitgliedern kam, hatte sich der größte Teil dieser mutigen Freunde bereits zur Tore-hinausgedrückt. Trotzdem wurden, wie auch in den vorhergehenden Bauabsprechungen (Rosenbau), mehrere Neuauflnahmen erzielt. In Straubing sind es gerade die eingeschlossenen, größtmögl. Hausmauer, die um 4 bis 6 & pro Stunde billiger arbeiten und dadurch ihren Kollegen ein Vorurteilsschrein sehr erschweren. Ein sogenannter Freien-Unternehmerverein, in dem die Unternehmer als „Grenzübler“ den Ton angeben, ist ihr höchstes Ideal. Doch nicht immer wird es so bleiben. Der Zweigverein Passau macht unter der gegenwärtigen Leitung sehr schöne Fortschritte. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die Passauer Kollegen zu animieren, um auch dort bessere Verhältnisse zu schaffen. Mit einem Befrei von 24 bis 30 & pro Stunde kann heutzutage auch der bedürftigste Passauer Kollege nicht mehr auskommen.

In Eggendorf haben wir gegenwärtig elf Mitglieder. Von der Gründung eines Zweigvereins wurde vorerst Abstand genommen und gehörten z. B. diese Verbandskollegen dem Zweigverein Passau an. So segen vor, daß auch bereits im dunklen Niederbayern der Samen gelegt ist; auch die Früchte werden nicht ausbleiben.

Wie Müh und Opfer werden in Südbayern noch aufzuwendende sein, große Hindernisse werden noch zu beseitigen sein, doch vorwärts gehts trotz allerred.

\* \* \*

Wieselfeld. In der am 25. September abgehaltenen Mitgliederversammlung des höchsten Zweigvereins wurde zunächst beschlossen, die Sperrre über den Unternehmer Hartl in Brackwede aufzuheben. Sobalden wurden einige Mitteilungen über das Vorgehen des Unternehmers Starck gemacht. Dieser Unternehmer ist von jeder der größten Gegner unserer Organisation gewesen und hat sich stets bemüht, seine Gefolgen die Ausübung ihres Koalitionsrechts so schwer wie möglich zu machen. Dieser Beschäftigung liegt er auch jetzt wieder ob, da er die Zeit dafür nach dem resultativen Verlauf des Streits als günstig erachtet. So hat er ein Verbot erlassen, wonach die Mitgliedschaften nicht revidiert und auf dem Bau nicht agilitiert werden soll. Auf einer Arbeitszeitbasis versuchte er sogar die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, indem er befahl, daß mit der Arbeit des Morgens um 6 Uhr statt wie bisher um 6½ Uhr zu beginnen sei. Dem Befehl war die Drohung beigegeben, daß der entlastet sei, wer sich dem Befehl nicht stellt. Herr Starck aber hatte kein Glück mit seinen Anordnungen, denn die Kollegen lehrten sich nicht daran, sondern blieben bei der alten Arbeitszeit, entlasteten wurden sie aber nicht, da Herr Starck sie sich wohl inzwischen anders überlegt haben möchte, er wird wohl zu der Einsicht gelangt sein, daß die Maurer sich in der Agitation für ihren Verband nicht beirren lassen werden und darum hat er allerdings recht.

Bremen. Am 13. September tagte im Gewerkschaftsraum eine Mitgliederversammlung, die von ungefähr 600 Kollegen besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung kam die „Angemessenheit Weinmann“ zur Erledigung. Unter Vorsitzender, Kollege Widera, kritisierte zuerst das Verhalten einiger Kollegen in der letzten Versammlung, das dazu führte, daß die Versammlung wegen großer Unruhe geschlossen werden mußte. Widera stellte den Antrag, wenn derartige Verkommisie sich in Zukunft wieder ereignen, diejenigen Kollegen, die solche Unruhe herverursachen, auf einige Zeit von den Versammlungen fernzuhalten. Der Antrag wurde angenommen. Über die Angemessenheit Weinmann führte Widera aus, daß man aus tatsächlichen Gründen

nicht allzu scharf hantieren sollte, da doch die zweit Jahre um waren, während der Weinmann laut Versammlungsbeschuß ausgeschlossen war und er während der Zeit als „Arbeitswilliger“ nicht gearbeitet habe; er hat daher davon Abstand zu nehmen, ihm weiter auszuholzen. Mit 70 Stimmen Majorität wurde beschlossen, Weinmann wieder aufzunehmen. Ein zweiter Punkt der Tagesordnung: „Bericht vom Gewerkschaftskartell“, erklärte Kollege Widera die Bedeutung der Kartei. Er kritisierte hierauf auf das heftigste die Wissfähre, die im höchsten Kartell herrschen und stellte sich auf den Standpunkt, daß es bei solchen Zuständen, wie sie gegenwärtig im höchsten Kartell herrschen, wohl am zweckmäßigsten ist und der Allgemeinheit mehr Nutzen, wenn wir auf einige Zeit unsere Delegierten aus dem Kartell zurückziehen würden und die gesetzliche Stätte im Kartell gern selbst überlassen, die ein Interesse an dem augenblicklichen Zustand haben. Hierauf führte Redakteur Genoss Löbe an, daß es sehr bedauern würde, wenn bestlossen würde, wie sein Vorredner angeführt habe. Er ermahnte ferner die Versammlung, weiter im Kartell zu arbeiten. Mehrere Kollegen rügten ebenfalls die Vortommisse im Gewerkschaftskartell, erklärten es aber nicht für ratsam, aus dem Kartell auszusteigen. Hierauf wurde folgende Resolution mit allen gegen 8 Stimmen angenommen: „Die heute am 13. September tagende Versammlung des Centralverbandes der Maurer protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß das Breslauer Kartell als Stätte zur Ausübung der persönlichen Antipathie benutzt und dadurch dem Zwecke des Kartells, gemeinsame Interessen zu vertreten, direkt entgegen gearbeitet wird. Wir erwarten auch, daß in der Volkszeitung im Kartell die gegenwärtige Aktion mehr beachtet werde. Die mehrfach statthaft genehmigte Beschimpfung von Kartelldelegierten müssen wir verurteilen und zugleich bedauern, daß das Kartell auf ein beträchtlich niedriges Niveau herabgesetzt werden konnte. Hinzu kommt der Kostenführungs erwarteten wir, daß Ausgaben nicht mehr nach Gunst fließen, sondern daß objektiv verdient werde.“ Im Punkt 8 der Tagesordnung: „Auswurf von Arbeitswilligen“, wurden folgende Mitglieder einstimmig ausgeschlossen: Paul Steiner, Anton Plausa, August Kloose, Gottfried Trepte, Ernst Otto, Michael Fabian und Joseph Günther. Mit einem dreifachen Donnerclappe stand auf dem Centralverband der Maurer Deutschlands wurde die gut verlaufene Versammlung um 114 Uhr geschlossen.

Chemnitz. Dienstag, den 18. September, fand hier im Saal des Schützenhauses eine öffentliche Maurerversammlung statt. Dieselbe war jedoch nur mäßig besucht, trotzdem hier 1100 Mitglieder des Verbands zu bereitstellen sind. Das Interesse an unserer Sache scheint den meisten Kollegen wieder entzünden zu sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung erläuterte der verfeindete Kollege Spiegelhütt und Braun durch Erheben von den Plätzen. Der Kollege Bachmann als Referent beprahlte die Arbeitsbedingtheit vor und nach der Bahnbewegung. Den schlechten Lohn und die lange Arbeitszeit wollten die besseren Kollegen durch einen allgemeinen Streik befehligen. In den sehr stark besuchten Versammlungen vor dem Streik mußten der Verbandsvorsitzende Bömelburg und der Gaubürosseigner Jacob alle Hände aufwenden, um die höchsten Maurer davon zu überzeugen, daß der partielle Streik am leichtesten durchzuführen sei. Von 2000 Maurern konnten wir nicht einmal die Hälfte anderweitig unterbringen. Erstens waren die umliegenden Städte und Ortschaften ziemlich besetzt und damit haben wir während der Bewegung erfahren müssen, daß hauptsächlich die leibigen Kollegen bis auf wenige Ausnahmen nicht abreisen wollten. Nach Orlis mit 32 bis 35 & Lohn waren sie überhaupt nicht hinzubringen. Kontaktiert muß ferner werden, daß ca. 500 Kollegen es für nützlich halten, ihre Zugänglichkeit zum Verband zu verhindern, außerdem lehnten sie andere Künftlinge rundweg ab. Eine Anzahl Freigedachten dienen zum Beispiel dafür. Während der Bewegung sind jedoch noch ganz andere häbische Dinge an den Tag getreten. Als der Bau des Unternehmers Schäfer geplatzt wurde, gingen einige Kollegen bei dem Unternehmer Langen in Arbeit. Die Bahnkommission wurde später, bei leichter vorstellig und hauptsächlich auf Veranlassung der Unternehmer Föder und Winkler abgewiesen. Dieser Herr Winkler legte aufgrund nach einer sehr hohen Bildungsangabe an den Tag, indem er die Kommission verpreßt und mit Wasser begießen wollte. Unstatt der Kommission den Rücken zu drehen, verbündeten die dort arbeitenden Maurer dieselbe noch durch Handelsketten und gemeinsame Zutriebe. In der höchsten Bezirksschule war eine Anzahl Maurer des Unternehmers Trübendorf beschäftigt. Dieser war wurde geplagt; sämtliche Maurer verließen den Bau, und als der dort anwesende Bauherr Bömelburg diese zur Ruhe stellte wegen ihres Verhaltens, äußerten die „Auchkollegen“: „Wir wollen nur einmal sehen, was die Brüder in der „Öffnung“ wollen, morgen früh sind wir ja doch wieder da.“ Abgesehene Kollegen fanden schon nach einigen Tagen zurück und wirkten dadurch hindernis auf die ganze Bewegung ein. Dies alles hat zur Folge, daß die Unternehmer schon wieder mit Löhnserungen vorgehen. So auch bei dem Unternehmer Leonhardt in Schönau. Dieser Herr wollte zwei bis drei Pfennig abbrechen. Als Antwort darauf und weil er nicht unterhandeln wollte, legten 26 Kollegen die Arbeit nieder. Er hatte auch eine indirekte Verde zusammengefunden, indirekt sie aber gerne wieder los. Jetzt das Vorgehen der Leitung, partikelaren Streit zu führen, ist demnächst außerst gerechtfertigt. In der Diskussion war jedoch der Kollege Flämming dem Verbandsvorsitzenden Bömelburg (wie er allerdings nicht anwesend) vor, er habe faktisch gehandelt, indem er uns den partikelaren Streit aufgeworfen hätte. Der Kollege Bachmann und der Vertrauensmann wieser diesen Vorwurf denn auch energisch zurück. Ferner bezichtigten die Kollegen Flämming und Bachmann den Vertrauensmann ehemaligen Verhaltens, indem er sich zuviel gefallen ließ, daß und der Vorstand 5 & von unserem Votabzug aus „gemoppt“ habe. Der Vertrauensmann wies nach, daß wir statutengemäß verpflichtet sind, 40 & an die Hauptstafze auszuzahlen.

Sollte der Votabzug auf 10 & erhalten bleiben, so müssen die Beiträge auf 50 & erhöht werden. Notwendig ist der Zuschlag von 10 & auch zur Vorbereitung der Ausgaben für das Arbeitssekretariat und für Agitation, denn die Organisation muss besser ausgebaut werden. Dazu ist es wünschenswert, daß alle kleinlichen Streitigkeiten beigelegt werden, damit der Verkommisie aufgelöst wird. Bei dem Befrei-Erlösung eines Büros“ erhielt Kollege Föder den Befrei. Er legte der Versammlung die Notwendigkeit und die damit verbundenen Kosten klar. Ein Antrag Flämming, diesen Punkt

der vorgerückten Zeit halber auf die nächste Versammlung zu verlegen, fand einstimmige Annahme.

Demmin. Seit März d. J. besteht hier ein Zweigverein unserer Organisation. Es ist ihm das Vorwärtsarbeiten nicht leicht gemacht. Viele der Zimmerer- und Steinmetzorganisation sind Gewerkschaften unserer Richtung nicht vorhanden; mag sein, daß die Baudrucker organisiert sind, aber man hört nichts davon; dann ist ein katholischer Männerverein vorhanden und außerdem ein Gewerbeverein der Fabrik und Landarbeiter (Kirch-Dundesscher Richtung). Für die Maurer besteht auch noch der Quartalsverein. Wenn dieser auch sonst wenig zur Geltung kommt, so ist er dennoch ein Hemmung. Nunmehr noch steht der dritte Teil der in Demmin und Umgegend ansässigen Maurer uns fern. Dies machen sich die Unternehmer freilich zu Nutze. Die sieben Unternehmer und der Magistrat (eigene Regie) beschäftigen insgesamt 6 Posten, 109 Gesellen, 42 Lehrlinge und gelehrte Lohne: 1 Geselle 32 4, 34 80 & 42 29 4, 20 27 4 & 2 25 4, im Durchschnitt also 28 1/2 & Stundenlohn. Daß das unzureichend, Baubuden und Abrie die viel zu wichtigen läßt, erwähnt man kaum noch, so sehr ist man es schon gewohnt. Mit wirklich edlem Dreistigkeit wird hier folgender Appell noch vor den Unternehmern eine besondere Arbeitsleistung der Gesellen verlangt. Sein unterscheidet man, was „faul und faulig“ ist. Das Demminer Tageblatt“ leistet sich jede Woche einen Wochenzettel“ (wenns sein muss zwöl), in dem entweder die Partei oder die Gewerkschaften angepriesen werden. Besonders das Vermögen und die Beitragsleistungen sind es, die den Leuten Nummer machen. Tatsachen, wie sie im „Mitarbeiterblatt“ festgelegt sind, kann man nun einmal nicht ableugnen. Darum bildet man siebenfach alte Königsberger“, doch ebenso opferwillig zu sein. Ja, wenn die Kreis aus Geld losst, dann läuft man doch lieber davon und kommt zu uns. Der Militärverein Demmin kann auch nicht der Staatsaufwaltung ruhig zusehen, sondern greift rettend ein. Darauf werden unsere Kollegen, soweit sie Mitglieder des Militärvereins sind, erbarmungslos ausgeschlossen. Da aber niemand dem Borgang eine Crème nachweint, so verschlägt er die Wirkung. Zeit magte der Vereinswirt daran glauben, obgleich er nur ein praktischer Geschäftsmann, denn jeder Gast angenehm ist, so lange er den allgemeinen Anstandskreis genügt. Es beriefen im Mai ersten der katholische Arbeitsverein, zweitens der Gewerbeverein der Fabrik und Landarbeiter, der mit Bändern und Schlägern Vorzugsspreize für seine Mitglieder vereinbart hat, und drittens unser Zweigverein. Aus diesem Grunde von Schwarz, Rosa und Rot hat der ansonsten höchst respektablen Militärverein die ihm schreckliche Karde entdeckt. Dem Befrei wurde ein Schriftstück augezeigt, wie es ähnlich auch unsere Kollegen erhielten. Es lautet:

Militär-Verein Demmin.

Herr Gastwirt,

Die Tatsache, daß Sie dem Centralverband für Maurer Ihre Mäuslichkeit als Vereinslokal zur Verfügung stellen, widerstreicht dem § 1a unserer Statuten.

Wir bitten Ihnen daher hierdurch mit, daß Sie laut Besluß des Vorstandes und Ausschusses unseres Vereins der Mitgliedschaft des Militärvereins Demmin verfüllig erklärt werden und alle Rechte und Privilegien an denselben und der damit verbundenen Streitkräfte, sowie an das Verlustvermögen mit hoher Verantwortung haben.

Der Vorstand des Militärvereins in Demmin.

Schmidt. A. Kraft. Sichtwart.

Der Militärverein in Demmin verleiht es in ganz vorzüglicher Weise der sozialdemokratischen Partei Mitglieder zu verfügen, denn besser als durch solche Unzulänglichkeit kann wohl kaum die Unzufriedenheit mit unseren heutigen politischen Zuständen geäußert werden, und daß die Unzufriedenen zur Sozialdemokratie gehören ist allgemein bekannt. So wird also der Militärverein in Demmin zum unfehlbaren Agitator für die Sozialdemokratie. Das ist die Komik bei der Sache. Dass wir unser Zweigverein bei dieser Sache ebenfalls kräftig unterstützen, ist ein weiterer agitatorischer Erfolg des Militärvereins.

Essen. Die Fliesenleger hielten am Samstag, den 10. September, Abends, eine öffentliche Versammlung wegen der Bahnbewegung ab. Der Vorsitzende verlas zuerst das Antwortschreiben der vereinigten Baumaterialienhändler. Es lautet:

Essen, den 9. September 1904.

1. die freie Vereinigung der Fliesenleger, Essen;
  2. den Zentralverband der christlichen Handarbeiter, Sektion der Fliesenleger, Essen;
  3. den Centralverband der Maurer, Sektion der Fliesenleger, Essen,
- zu Händen des Herrn J. Lübberting.

Essen, Meißelstrasse Nr. 10.

Die uns unter dem 5. September d. J. zugesetzte Auflösung Ihrer Forderungen betr. Lohnsätze für Tagelohn und Abordarbeit haben wir erhalten und teilen nach vorläufiger Prüfung der einzelnen Forderungen mit, daß wir nicht absagen sind, um Ihnen über einzelne Punkte zu unterhandeln, obwohl wir nicht umhin können, schon jetzt zu erklären, daß die Gesamtheit Ihrer Forderungen über den Rahmen dessen hinausgeht, was wir verfülligen können.

Wir erübrigen im Interesse einer friedlichen Beilegung der entstandenen Gegenseite einen Ausschluß zu erneinen, der mit einer diesbezüglich zu ernennenden Kommission verhandelt und hoffen gern, daß die gemeinschaftlichen Verhandlungen zu einem beide Seiten befriedigenden Ergebnis föhren.

(Vorlagen Unterschriften.)

Die Versammlung erklärte sich mit dem Antwortschreiben einverstanden und konnte man deshalb dazu übergehen, die gewünschte Kommission zu wählen. Es machte sich nunmehr ein eventuell für die Bewegung befeuerter Zwischenfall bemerkbar. Die überwältigende Mehrheit der Fliesenleger war nämlich der Ansicht, es sollte trotz des Antwortschreibens am Montag, den 13. September, in den Streit getreten werden. Diese Ansicht wurde bekämpft werden, denn sie konnte für die Verhandlungen unter Umständen nachteilig wirken. Die leitenden Personen mußten ihre ganze Kraft einsetzen, um diese Streitlust zu dämpfen. Es gelang ihnen dann auch zum größten Teil. Die Abstimmung ergab, daß mit allen gegen 17 Stimmen gegen den Streit gestimmt wurde, daß 64 Fliesenleger, die anwesend waren. Vereinheiten wollen wir noch fürs, daß dann noch zwei weitere Versammlungen stattgefunden haben und über das Resultat aus den Verhandlungen der Kommission verhandelt. Die Differenzen sind zur belder-



welche von Würzburg gekommen waren; dieselben konnten aber keine Haftende prüfen. Endlich, am 24. Juli, kamen die Mitglieder der „Freien Vereinigung“, Chr. Ohlsen und Geisselmann und nahmen die Arbeit auf. Zuvor hatten einige freunde Arbeitswillige Feierabend bekommen.

Ebenfalls nahmen die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ den Innern der Schule in der Norderstraße vom Innungsmeister Höuet an und arbeiteten nach der alten Arbeitszeit, obgleich der Bau gesperrt war.

Obgleich diese Liste noch um sehr viele Fälle ähnlicher Art vervollständigt werden könnte, wollen wir es hiermit genug sein lassen, sind wir doch fest davon überzeugt, daß sich unser Leiter ein außergewöhnliches Bild von jenen Leuten machen können, für die sich einst angehobene Führer der sozialdemokratischen Partei lebhaft ins Zeug machten. Wenn unter den Maurern Deutschlands Wohlstellung darüber vorhanden sein sollte — in Leipzig scheint dies ja der Fall zu sein —, daß in Hamburg die Auffordrung nicht bestreitbar ist, so mögen sie sich doch einmal die Frage vorlegen, wie es ernsthaft erwidern, ob dies unter den obwaltenden Umständen möglich ist. Zu seiner Stadt Deutschlands standen die Maurer den Unternehmen gegenüber, so schwierigen Stand, als die Maurer Hamburgs. Auf der einen Seite ein verbiessenes und verborgenes Unternehmertum, dessen Führer aus Schärmachern bestehen, wie sie sonst nirgends mehr in Deutschland zu finden sind, auf der anderen Seite eine Arbeiterschaft, die es sich aus egoistischen Gründen den Maurern schickte, jede Maßnahme der zentralorganisierten Maurerschaft zu durchkreuzen und illusorisch zu machen. Wohl haben die Maurer in manchen Städten Deutschlands auch schwer mit dem Unwettern und der Wossiet der Arbeitsschäden kämpft, so haben namentlich ja auch die Berliner ihre Auffordmauer und andere Elemente, die schon viel Schaden angerichtet haben, aber gegen die Hamburger Auffordmauer sind sie doch nur die reinen Wasserhähnen.

**Herborn.** Donnerstag, den 15. September, fand hier im Vorsitz der B. We. Meister eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Welche Vorteile gewährt die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern des Baugewerbes.“ Als Referent war der Gauvorsitzende, Kollege Muth aus Köln, erschienen, der in seinem einflussreichen Vortrage den Zweck der Organisation den besseren Kollegen kräftig vor Augen führte. Es wurde ihm reicher Beifall zu teilen. Nach Schluß des Referats wurde zur Gründung eines Zweigvereins geschritten und die Vorstandswahl vorgenommen. Es wurde beschlossen, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen alle 14 Tage Dienstags, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal abzuhalten.

**Witz.** Sonntag, den 18. September, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Bericht der Lohnkommission.“ Der Vorsitzende unterbreitete der Versammlung nachfolgende Forderungen, die einzeln durchgelesen und mit einigen Änderungen angenommen wurden. 1. Bei Wasseraufbau, Kamine und Ofenbau eine zehnprozentige Lohnzulage. 2. Lohnzulage auf 7 Uhr Abends und wenn irgend möglich auf über der Dauertelle. 3. Bei Arbeiten über Land pro Stunde 2 1/2 Aufschlag und als Nachläger Preisen und ein dementsprechendes Quartier, sowie auch Wohnvorrichtung. 4. Auf allen Neu- und Umbauten werden Bauarbeiter genötigt, die sie eingerichtet sein müssen, daß sie bei kalter Witterung geheizt werden können. Heizmaterial muß der Arbeitgeber liefern; auch Arbeit müssen vorhanden sein. Ferner müssen auf allen Bauten Trümpfegasse zur Hand sein. 5. Für Sennungsförder und Sägen sorgen die Arbeitgeber. 6. An den Tagen vor den hohen Feiertagen ist bei voller Lohnzulage eine Stunde früher Feierabend.

**Willstheim a. Rh.** Am 15. September 1904 hielten die besseren Kollegen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider mußte, wie das ja bis jetzt immer der Fall gewesen ist, der Versammlungsbesuch als ein sehr trauriger beschränkt werden, in jeder Versammlung bekommt man immer nur ein und dieselben Gesichter zu sehen, gewöhnlich 15 bis 20 Männer. Wenn doch, die Kollegen nur einigermaßen bedenken wollten, was es hier am Orte für Milde und Arbeit getoht hat, um einigermaßen etwas günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, und wir noch lange nicht in der Lage sind, zu sagen, daß der Tarif voll und ganz zur Durchführung gelangt ist, da doch der Lohn bis zum Frühjahr nächsten Jahres noch um 7 1/2 pro Stunde steigen muss, denken wir doch, mithin ein Blühd eines jeden einzelnen sein, die Laufheit und den Stumpfmuth, welcher ihm bis heute noch anhaftet, abzuhüften und die Versammlungen regelmäßig zu befreien. Die Versammlung besuchte sich wieder mit einigen Bauschäden des Unternehmers Blasram (Wolfsburg Nördl. und Bismarck), wo fortgesetzt gegen den Tarif gearbeitet wird. Leider sind auch junge, unberührte Verbandskollegen dabei vertreten, die sich nicht scheuen und sich bewegen läßen, in Überstundenmägen den anderen am Bau beschäftigten Kollegen als „Aukus“ Beispiel vorzugeben. Wie gefestigt ist, sind an dem betreffenden Tag auch Nichtorganisierte beschäftigt, welche jedoch die Arbeitsszeit, wie für den Tarif vorgesehen, beibehalten. Dieser Fall zeigt einmal wieder so recht deutlich, wie wenig Interesse verschiedene Verbandskollegen für die erfärmte Sache an den Tag legen, und in der Tat sind es nur solche, die es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen, um sich in derselben Aufklärung u. v. anzueignen. Die Versammelten erklären sich sodann mit einer vom Vorstand eingereichten Resolution einverstanden, in der die Besetzung der auf den betreffenden Bauten vorhandenen Nebenstände gefordert wird, währendfalls über das betreffende Geschäft die Sperrre verhangt wird. Des weiteren wurden die Hülfsschäfer und Baubepulierten ermahnt, ihren Posten auch ganz und soll zu vertreten, damit es nicht so oft vorkomme, daß Kollegen zehn Wochen und noch länger mit ihren Beiträgen im Nichtstande sind.

**Birkenfeld.** In unserer Mitgliederversammlung am 11. September wurde das Gedaren des hiesigen Schärmachers Benthwist einer eingehenden Besprechung unterzogen. Es wurde konstaternt, daß Benthwist eher keinen Maurer einstellt, bevor er nicht seinen Ausstritt aus dem Verbande angemeldet hat. Leider haben sich hierzu einige Kollegen bereit erklärt. Aber Benthwist beginnt sich nicht damit, daß ihm versichert wird, der Austritt aus dem Verbande sei angemeldet, er läßt sich auch die Mitgliedsbücher aushändigen, geht damit auf die Polizei und meldet dort, daß die seitherigen Anhänger dieser Bücher aus dem Verbande ausgetreten seien. Zu bedauern ist nur, daß sich die Kollegen dieses gefallen lassen, umso mehr, als sie zum Teil gar keine Ursache hatten, bei Bentwist um Arbeit nachzufragen, sondern ihre gute Arbeit hatten, wenn auch nicht gerade hier am Orte. Wenn Bentwist

aber meinen sollte, mit Hilfe solcher pflichtvergessenen Kollegen die Erneuerungen dieses Jahres, die in Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit bestehen, illusorisch zu machen, so wird ihm dies ebenso wenig gelingen, als er es jemals fertig bringt, einen Fall in unsere Organisation hineinzutreiben und sie dadurch zu vernichten. Unsere Mitglieder wird er nicht aus einander treiben und wenn es noch andere, schärfere Mittel in Anwendung bringen sollte.

**Sagan.** In unserer letzten Mitgliederversammlung, die am 18. September stattfand, wurde beschlossen, dem Gewerkschaftsrat beizutreten. Ferner wurden unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen und der Verbrauchsmann beauftragt, Schritte einzuleiten, um eine Lohnherabsetzung herbeizuführen. Man war allgemein der Ansicht, daß der Lohn vom 1. April n. J. an von 80 auf 88 bis 94 1/2 pro Stunde erhöht werden müsse. Diese Forderung soll den Unternehmern bis spätestens Ende Oktober zugestellt werden. Die Neuwahl eines Verbrauchsmannes wurde um einen Monat verschoben. Da uns hier kein Solal zur Verfügung steht, mussten die Angelegenheiten des Zweigvereins auf einem Spaziergang der Mitglieder erledigt werden.

**Schwerin a. d. Warthe.** In dem Artikel im Nr. 88 des „Grundstein“, der sich mit dem Grünen Streit beschäftigt, heißt es, daß zwei Mitglieder von hier, Späth Vater und Sohn, in Grün als Streitredner arbeiten. Dies ist nicht richtig, weil es in Schwerin keinen Maurer dieses Namens gibt. Es heißt sich hier aber im Frühjahr dieses Jahres ein Maurer Späth aus Ralsow angemeldet, so daß anzunehmen ist, daß dieser gemeint sein soll.

**Stralsburg i. Els.** Sonntag, den 25. September, hielt die Sektion der Plattenlegger ihre regelmäßige Versammlung ab. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Baumaterialienhändler hier einen Ring gebildet haben und mit allen Materialien darauf hinarbeiten, die jetzt bestehenden Lohnsätze herabzudrücken. Einige dieser Herren sind sogar so frei, offen ihren Legern zu sagen, daß die Auffordrweise von Neujahr ab herabgezogen werden. Doch sich die hiesigen Plattenlegger dieses Preisdrückers nicht so ruhig gefallen lassen, versteht sich von selbst, und es ist auch in kurzer Zeit gelungen, dank der Agitation einiger Kollegen, sämtliche Plattenlegger dem Verbande zuzuführen, und wir hoffen, daß in kürzer Zeit auch die uns jetzt noch fernstehenden Kollegen Mitglieder des Verbandes sein werden. Aus diesem Grunde bitten wir die Kollegen, besonders die von Karlsruhe, die bei der Firma Hoffmann ein großes Kontingent stellen und nicht selten 12 bis 14 Stunden täglich arbeiten, den Zugang nach hier womöglich fernzuhalten.

**Tilsit.** Sonntag, den 18. September, fand hier eine gut besuchte Maurerversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Schwarz referierte in eingehender Weise über die Reihenbildung der Maurer. Nebner führte an, daß Tilsit die zweitgrößte Stadt in Ostpreußen, keine Maurerorganisation habe, trotzdem die Maurer sonst ziemlich allenfalls an der Spitze der Arbeitersbewegung markieren und in fast allen städtischen Städten in leicht Zeit Organisationen entstanden sind. Es habe bestimmt den Ansehen, als wenn eine Organisation in Tilsit überflüssig sei, und ich sei sie ebenso unnötig für die Kollegen, als für den Landmann der Regen- und Sonnenschein, denn die Arbeitsverhältnisse seien hier schlechter als in den Kleinstädten. Das die Kollegen sich noch nicht dazu aufgerafft hätten, habe seine Ursache wohl darin, daß dort zweimal der Beruf gemacht wurde, einer Verein ins Leben zu rufen, aber immer nicht recht gelang, weil es immer an leidenden Personen fehlte; auch sei der Boden für eine Organisation noch nicht genügend vorbereitet gewesen, das das Klosterbewußtsein der Kollegen noch nicht genügend geweckt war. Heute sei dieses schon anders geworden, das habe der Königsberger Streit bewiesen. Obgleich die Unternehmer kein Mittel unterbricht ließen, gelang es ihnen doch nicht, aus der Provinz Streitredner heranzuladen; nur aus entfernten Orten, mit denen wir noch keine Verbindungen unterhalten, haben sich einige verlorene Schafe gefunden. Letzt sei es an der Zeit, daß die Kollegen, die die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben, mit Ernst an die Arbeit gehen und die Ausklärung unter den Kollegen betreiben, dann wird es auch gelingen, einen Verein zu rufen zu bringen, der zur Verbesserung der tiefs traurigen Verhältnisse der Maurer ganz bedeutend beitragen kann. Nachdem noch vom Referenten die weiteren Verbandsvereinigungen besprochen waren, kam er zu dem Schlus, daß auch jeder Maurer in Tilsit und Umgegend dem Centralverband beitreten müsse, wenn er irgend einen Einfluß auf die Verhältnisse ausüben wolle, da der freie Arbeiter ohne Organisation genau so machtlos sei, als der Slave und Leibeigene gewesen ist. Nachdem noch mehrere Kollegen in der Diskussion im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurde einstimmig beschlossen, einen Zweigverein zu gründen, dem dann auch eine ganz zahlreiche Kollegen beitreten. Da auch recht verhältnislose und besonnene Kollegen in die Verwaltung gewählt wurden, ist zu erwarten, daß auch hier der Verband festen Fuß fassen wird zum Wohl der Tilsiter Kollegen.

**Zondern.** In der Mitgliederversammlung am 24. September wurde zunächst beschlossen, über die Bauten des Unternehmers W. Schüller die Sperrre zu verhängen. Sodann wurden die Mitglieder H. Kühl und H. Schüller wegen Streitbruchs aus dem Verbande ausgeschlossen. Um den Solafonds zu stärken, wurde beschlossen, wöchentlich einen Solafondbeitrag von 20 1/2 von jedem Mitgliede zu erzielen.

**Velbert.** Sonntag, den 18. September, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung. Gauvorsitzender Kollege Muth aus Köln, referierte über den Binn der Tagesordnung: „Was haben die Lebhaber Maurer zu tun, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen?“ Die ebendem verständlichen Ausführungen des Kollegen Muth wurden von der Versammlung als großer Erfolg aufgenommen. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt: Der Zweigverein Velbert vom Centralverband der Maurer Deutschlands“ wird beauftragt, sofort eine Lohnforderung aufzustellen und den Unternehmern des Baugewerbes zu unterbreiten, in der den Wünschen der Maurer Bedacht getragen ist. „Sämtliche Anwohner berücksichtigen sich, sofort in eine umfassende Agitation einzutreten, damit auch der letzte Maurer dem Centralverband als Mitglied zugeschafft wird.“ Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde die gut besuchte öffentliche Versammlung geschlossen.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 18. bis 24. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin 46 3000, Pansow 300, Sieglitz 300, Friedenau 200, Nowawes 400, Gerbitz 125, Dallendorf 100, Stammheim 100, Hermendorf 100, Thellau 50. Summa M. 4676.

Zuschuß erhalten: Leipzig M. 150, Dresden 100, Minden 100, Altenbergen 50. Summa M. 400.

Altona, den 24. September 1904.

Karl Reiß, Hauptklassierer, Wilhelmstr. 57.

**Berlin.** Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zunftstelle der Centralkrankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“ tagte Sonntag, den 18. September, im Gewerkschaftshaus mit der Tagesordnung: 1. Wahl der Hülfssklässer und deren Lotale. 2. Veränderung der Bureauabgaben. 3. Verschiedenes. Nachdem die Wahlschlüsse der Hülfssklässer vollzogen und ein Antrag der Kollegen vom Osten, in der Luisenstraße 85 noch eine Zunftstelle zu errichten, und daß Solal im Norden vor der Oberbergerstraße nach der Schwedterstraße 24 bei Bernau zu verlegen, angenommen, begründete der Vorsteher Hoffmann nachliegenden von der örtlichen Verwaltung gestellten Antrag: „Da die Mitgliederzahl im letzten Bache ist, und augenblicklich über 6000 beträgt, am Ende des Jahres mit circa 7000 Mitgliedern zu rechnen ist, ferner, daß dementsprechend auch ein Krankenbestand von 250-300 Kranken zu vermuten ist, die an einem Tage abzurüttigen ihre Schwierigkeit hat, so ist es wohl besser, eine tägliche Überprüfung der Krankenunterlage vorzunehmen, und zwar von 8-1 Uhr, und nach der Mittagspause das Bureau zu schließen, um die anderen Arbeiten erlebigen zu können.“ Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte gegen drei Stimmen angenommen. Die veränderte Bureauzeit tritt am 17. Oktober d. J. in Kraft und ist von da an das Solafolat nur von 8-1 Uhr offen und Nachmittags geschlossen.

## Vom Bau.

Ausfälle, Arbeiterschutz, Submissions etc.

Die Zweigvereinsvorstände werden gebeten, erzählt, über sie in ihrem Umfang und deren Auswirkungen auf die Versammlungen und die Tagesordnung zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Ertrag von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.

**Berlin.** In dem benachbarten Bannewitz brach am 26. September das innere Turmgerüst am Neubau einer Kirche zusammen. Drei Arbeiter wurden schwer und einer leicht verletzt. **Friedland.** Am dem benachbarten Dorfe Friedland starzte Freitag, den 9. September, Abends 7 Uhr, der zum nächsten fertige Kirchturm mit lautem Krach in sich zusammen. Der Bau wurde von dem Unternehmer Fritz Berndt von hier unter Aufsicht des Meisterbaumeisters aus Frankfurt a. d. O. über ausgeführt. Mit dem Bau wurde im Frühjahr begonnen. Als aber die Maurer wegen eines Pfennige Lohnherabholung die Arbeit niedergelegt haben, wurden minderwertige Arbeiter als „Arbeitswillige“ eingestellt, die dann aufzunehmen mit vier bis sechs Lehrlingen den Turm hochführten. Das Maurerwerk kostet sechs Meter hoch aus Feldsteinen und dann sieben Meter hoch aus Basaltsteinen. Die ganze Arbeit der „Arbeitswilligen“ ist zusammengezurzt, während der Teil des Turmes, der von Bandbaumeister vor dem Streit ausgeführt wurde, stehen blieb. Die Schulden an dem Giebelzurk ist also wohl zum Teil auf minderwertige Arbeit und zum Teil in Konstruktionsfehlern zu suchen. Neugierig kann man sein, wer für den Schaden haftbar gemacht wird.

**Schwerte.** Ein Todesturm machte am 23. September, Abends gegen 7 Uhr, der Maurer Franz Reformann, der im neuen Bahnhofsbügebau am Kreuzgewölbe beschäftigt war. Der kaum 30jährige Mann, der eine Frau und mehrere Kinder hinterläßt, kann nur durch einen Schlagtritt, als er die Leiter hinabstieg, den verhängnisvollen Sturz gemacht haben. Er wurde im katholischen Krankenhaus gebracht, wo er alsbald infolge der erlittenen Kopfschläge verstarb.

## Aus anderen Berufen.

\* Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat eine Auflage von 100 000 erreicht oder eigentlich (mit 100 200) überschritten. Auf mehr als ein Vierteljahrhundert des Kampfes bildet das Blatt dabei zurück.

Im Januar 1879 erschien die erste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“, damals „Neue Eisenerzzeitung“ genannt. Es war das nicht die erste Fachzeitung für die organisierten deutschen Eisenerz resp. Holzarbeiter: sie hatte in den siebziger Jahren mehrere Vorläufer, die aber alle nur ein befristetes Dasein fristeten. Das erste Organ der deutschen Holzarbeiter, die „Union“, wurde auf dem Holzarbeiterlongen in Nürnberg am 5. Oktober 1873 gegründet. Die „Union“, Organ für die Holzarbeiter Deutschlands, war nicht obligatorisch eingeführt; vom 1. Januar 1875 war sie „Organ der verbündeten Gewerkschaften Deutschlands“. Ihre Auflage bezeichnete sich am 1. Juli 1875 auf 6200, davon entfielen auf die Holzarbeiter 3400, auf die Metallarbeiter 1800 Abonnenten. Die Maurer und Zimmerer hatten ihre Teilnahme an der „Union“ zum 1. Oktober 1875 gefunden; doch wird in dieser Zeit auf die Heranziehung und Werbung von 2000 Abonnenten aus den Kreisen dreier kleiner Gewerkschaften gerichtet. Die Redaktion der „Union“ führte nach einander Theodor Port, Ignaz Auer und August Geiß. Am 1. Oktober 1876 stellte sie ihr Erscheinen ein. An ihre Stelle trat der „Bund“, Organ des Bundes der Eisenerz und Holzgewerken Deutschlands. Eine Anzahl von der Zentrale abgesetzte Vereine in Dresden, Leipzig, Braunschweig usw. gaben aufgefordert in Dresden die „Union“, Birkhäuser der Gewerkschaft der Holzarbeiter, heraus. Am 1. Mai 1877 hörte das Ereignis der „Union“ auf, weil inzwischen auf der gemeinschaftlichen Generalversammlung in Hamburg am 1. April 1877 eine Versöhnung der beiden feindlichen Holzarbeiterorganisationen stattfand. Aber auch der „Bund“

stellte mit der Nr. 80 vom 28. Juli 1877 sein Erscheinen ein, da auf einer Abstimmung der an ihm beteiligten Organisationen mit 815 gegen 680 Stimmen beflossen worden war, mit dem neugegründeten „Pionier“, dem Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften, zu verbinden. Dieses Organ, dem Otto Kapell als Redakteur vorstand, wurde mit Erfolg des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1878 verbieten.

Auch der Bund der Tischler verlor gleich vielen anderen Gewerkschaften der politischen Ausführung. Totentheile herrschte im Gewerkschaftsleben, auch unter den Tischlern war alles Leben erstickt. Ein geistiges Bindemittel fehlt völlig. Da entzogen sich einige beherzte Kollegen, ein neues Blatt, und zwar die „Neue Tischlerzeitung“, herauszugeben. Die Polizeibehörde in Hamburg gestattete die Herausgabe, jedoch drohte sie mit sofortigem Verbot, falls auch nur eine Zeile darin stände, die so aussah wie die gemeinfestlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung.

Auf dem Verbundstage in Hannover erklärte der Tischlerverband das Organ für obligatorisch. Mit der Gründung des Holzarbeiterverbandes wechselte auch die „Neue Tischlerzeitung“ ihren Namen, sie nannte sich ab 1. Juli 1893 „Holzarbeiter-Zeitung“, Zeitchrift für die Interessen aller Holzarbeiter. Publicationsorgan des Deutschen Holzarbeiterverbandes, so wie der Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiterverband angehören, welchen Namen sie heute noch führt.

Innerhalb zehn Jahren stieg nun ihre Auflage von 24.000 auf jetzt 100.000, dadurch auch das Wachstum des Verbands illustriert; denn die 100.000 Abonnenten sind 100.000 organisierte Holzarbeiter, und die „Holzarbeiter-Zeitung“ war zweitelles eines der Hauptmittel, diese 100.000 dem Organisationsgedanken zu gewinnen.

### Polizei und Gerichte.

\* **Arbeitswilligenschatz in Rostock.** Von dem Schöffengericht in Rostock wurden die Männer H. Stöhl, W. Brandt, Al. Baepke, Albert Biemann und A. Holti zu je M. 80 Geldstrafe verurteilt. Sämtliche Angeklagten waren angeklagt die „Arbeitswilligen“ Mauerschläger in Selt., den Polier Sitz sowie der Maurermeister Meier am 1. Juni d. J., als sie von der Arbeit kamen, fortwährend verfolgt und belästigt sowie teilweise Kinder zum Hurraufen aufgesperrt zu haben. Erstwährend durch Zeugen nachgewiesen wurde, daß die „Arbeitswilligen“ provozierend gegen die Angeklagten vorgegangen, indem sie Brandt mit dem Taschenmesser bedrohten und zweimal vom Trottoir stießen, obgleich der Angeklagte nur das Richtige tat, um Ausschreitungen zu verhindern, was jedoch von den „Arbeitswilligen“ angegeben und auch in der Urteilsbegründung lobend erwähnt wurde, mußte eine Verurteilung erfolgen, weil die Angeklagten das Unrecht hatten, in derselben Gegenb., wie die „Arbeitswilligen“ zu wohnen und wie in der Urteilsbegründung hervorgehoben wurde, um zu zeigen, daß das Gesetz dazu da ist, denjenigen, die arbeiten wollten, den vollen Schutz automatisch zu lassen.

### Verschiedenes.

\* **Berliner Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15.** Lehrplan für das dritte Quartal 1904: Montag: National-Déconomie (Theoretische National-Déconomie, 1. Teil). Vortragender: Schriftsteller Max Grunwald. Dienstag: Geschichte (Von der Volkerwanderung bis zu den großen Errungenschaften und Etablierungen des 16. und 17. Jahrhunderts). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Mittwoch: Natur-Kennenlern (Entwicklung des Weltalls und der Erde). Vortragender: Schriftsteller M. H. Baege. Donnerstag: Soziale Gesetzegebung (Arbeiter-Versicherung). Vortragender: Schriftsteller Simon Rogenstein. Freitag: Freie Übung (Übungen in militärischer Reede und im jüdischen Stilus). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Sonntag: Fortbildungskursus in National-Déconomie (Staatswissenschaftliche praktische Übungen). Vortragender: Schriftsteller Max Grunwald. Sonntag: Fortbildungskursus in Rebelebung (Übungen im Vortrag für Fortgeschritten). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Déconomie: Montag, den 10. Oktober; Geschichts: Dienstag, den 11. Oktober; Natur-Kennenlern: Mittwoch, den 12. Oktober; Soziale Gesetzegebung: Donnerstag, den 13. Oktober; Rebelebung: Freitag, den 14. Oktober; die beiden Fortbildungskurse: Sonntag, den 16. Oktober. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. Die Sonntagskurse beginnen pünktlich Vormittags um 10 Uhr. Die Mitgliedsbeiträge betragen pro Monat 25,-; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht ledermann zum unentgeltlichen Verhörfreie.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt aussen bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Hof links 2. Et., und in nächstliegenden Bahnstellen: Gotts. Schule, Admiralsstr. 40a; Neu-Barmbeker Str. 42; Vogel-Dammmerstr. 82; Krause, Müllerstr. 7a; Horch, Engelstraße 15.

Alle Befürchtungen sind an den Vorlesenden Hermann Lammes, Berlin-S.W. 42, Hornstraße 20, Querweg II, Gelbsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin-S. 65, Hohenstaufen 56, zu richten. Arbeiter- und Arbeitswilligen Verein der Arbeiter-Bildungsschule bei

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag), Heft 52 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir her vor: Zum Gedächtnis der Internationalen. — Das Recht auf die Mutterstadt. Von Oda Oberberg (Rom). — Bäuerliche Haushaltsgeschäfte in Serbien. Von Milorad Popović. — Zur Frage des Organisationszwanges. Von F. Schnitter. — Die sozialistischen Jugendgärten Belgiens. Von Martin Lähner. — Der Bleibuchi-Gesetzentwurf und die Maler- und Anstreicherpraxis. Von Hugo Hiltig. — Die Sterbefälle an alten Infektionskrankheiten in den europäischen Staaten 1891 bis 1900. Von W.-N. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Polizeiorte zum Preis von M. 8,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann

dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25,-. Abonnementen stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Dokumente des Sozialismus“, herausgegeben von Dr. Bernstein (Stuttgart, Dieb's Verlag), Heft 9 des IV. Bandes. Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Polizeiorte zum Preis von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement aufzulegen. Das einzelne Heft kostet 75,-.

Das „Arbeiterrecht“ von Arthur Stabshagen, vierte Auflage, Heft 1. Komplett in 28 Lieferungen à 22 Seiten. Preis pro Lieferung 20,-. Alle Woche erscheint ein Heft. Stabshagens Arbeiterrecht ist ein billiger und überlässiger Arbeiteranwalt im Hause.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Das 2d. Heft enthält die Fortsetzung des 18. Kapitels „Am Vorabend der Revolution“ in dem der Kampf Luther's gegen Müntzer und seine „Arbeiter“ dargestellt wird. Vor den Illustrationen des Heftes neuheit wir als besonders interessant die Darstellung aus der Arbeit der Bergknappen, reizend das Titelblatt zum „Neuen Testamente“ der ersten deutschen Bibelausgabe, einige charakteristische Bilder aus dem Volksleben. Unter den Porträts erwähnen wir das Thomas Müntzer, nach einem zeitgenössischen Kupferstich.

Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20,-, und kann durch jede Buchhandlung, von allen Parteibuchhandlungen und Polizeiorten bezogen werden. Abonnenten können jederzeit eintreten und das Werk von Heft 1 an nachziehen.

**Allobolzfrage und Arbeiterklasse.** 5. Heft der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Der Verfasser dieses Heftes ist der Wiener Arzt Dr. Schönfeld-Wien, der, wie den Parteigenossen noch erinnerlich sein wird, seine Vorträge über die Allobolzfrage jäh unterbrochen musste, weil es der preußischen Polizei plötzlich einfiel, ihn als „lästigen Ausländer“ auszumelden. Diese Regierung, welche die Bekämpfung der Allobolz gesetzlich durch Werksälter und Gesetzesvorlagen sich angeblich zur ersten Aufgabe macht, hinderte den sozialdemokratischen Arzt, darüber zu den Männern zu reden. Vermutlich hat der österreichische Genosse die Allobolzfrage energischer angefaßt, als das die hohe Obrigkeit im preußischen Justizstaat gestattet.

In der Broschüre heißt es:

„Sind es doch diese Jünger, die mit ihrem Parteiross schaps nicht nur Hunderttausenden das Geld aus der Tasche, sondern auch den Verstand aus den Koppen nehmen. Oh! Die preußischen Jünger wissen, warum sie ihren Schnaps trinken. Wird es einst die Masse der Bevölkerung, die ihn kauft, ebenso gut wissen, wann wird sie aufhören, ihn zu trinken, und die Kräfte an einem ihrer verwundbarsten Punkte getroffen haben.“

In der vorliegenden Broschüre gibt der Ausgewiesene den deutlichen Arbeitern zu lesen, was sie von ihm nicht hören dürfen, und zwar geschieht dies in einer so vollendet und geballten Weise, daß keiner die Schrift ohne Genuss und Nutzen aus den Händen legen wird.

Das Heft kostet 20,-; möge es bei den Parteigenossen, die es finden, welche es verdient.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek sind bisher erschienen: 1. Heft: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. 2. Heft: Das erste Lebensjahr. 3. Heft: Zur Gesundheitspflege des Arbeiterkörpers. 4. Heft: Der Arbeitstag. 5. Heft: Allobolzfrage und Arbeiterklasse. Jedes Heft kostet 20,-.

„In Freien Stunden“. Illustrierte Wochenzeitung für das arbeitende Volk. Heft 29. Jedes Heft kostet 10,- und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

### Briefkasten.

M. G. Anonyme Anfragen und Berichte werden nicht berücksichtigt.

Wittenberg, S. Der in Nr. 28 veröffentlichte Bericht ist der letzte, den wir von dort erhalten haben.

Dangenbergs, O. Wir glauben, unserer Organisation mehr zu dienen, wenn wir den Bericht nicht abdrucken; wir geben ihn dem Vorstand zur Kenntnisnahme.

München, S. Einen Briefkasten vom 18. Juli sieht noch,

wo wir im Oktober sind, zur Anzeige bringen, dñeßt gewiß Zeugnis dafür ablegen, daß der Verkäufer bei Ihnen in gutem Andenken steht; wir müssen aber die Aufnahme ablehnen, da wir nur solche Sterbefälle zur Anzeige bringen, die uns innerhalb acht Tage nach dem eingetretenen Todesfall mitgeteilt werden.

### Anzeigen.

### Eberswalde.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. Oktober ab: Zillerstraße 16, gegenüber der Herberge. [M. 1,50]

Karl Schulz, Kassierer.

### Friedrichshagen.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich vom 1. Oktober ab: Mahnsdorferstr. 11, Seitenstr., vapt. [M. 1,20]

### Gransee.

Die Wohnung des Kassierers bei Central-Krankenhaus C. Voss befindet sich jetzt: Klosterstr. 6. [M. 1,20]

### Spandau.

Die Wohnung des ersten Kassierers F. Abraham befindet sich vom 1. Oktober ab: Großenstr. 9, vpt. [M. 1,20]

### Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle des Verbandsmitglieders, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Abschluß Mitteilung gemacht wird. Die Zeits. kostet 15,-.

**Bergedorf.** Am 18. September verstarb nach langer Krankheit im blühenden Alter von 20 Jahren unser Kollege Franz Strauss an Magenleiden.

**Guben.** Unter treuer Verbandsfamilie Gustav Denoth ist am 24. September an Lungenschwund im Alter von 48 Jahren verstorben.

**Hannover.** Am 11. September verstarb an der Brustarterkrankheit im Alter von 55 Jahren unser Kollege Aug. Wüstefeld. — Am 17. September verstarb an Oberschenkelkrebs im Alter von 59 Jahren der Kollege Franz Karasek. — Am 21. September verstarb an der Brustarterkrankheit im Alter von 51 Jahren der Kollege Karl Blecke.

**Landenberg, a. b. B.** Am 18. September verstarb fern von der Heimat seiner nach Berlin zur Übung eingezogene Kollege Gustav Gross im Alter von 24 Jahren an Typhus.

**Magdeburg.** Am 21. September starb unser Kollege Heinrich Lüders im Alter von 68 Jahren an Bluturst.

**Schwerte.** Am 23. September verstarb unser Verbandsmitglied Franz Flormann im Alter von 61 Jahren infolge Sturzes vom Bett. Ehre ihrem Andenken

### Hörde.

Den Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verbandsfamilie und Herberge vom 1. Oktober d. J. ab beim Witt Ludwig Rosemann, Feldstr. 40 (früher Jöhren), befindet. Die Mitgliederberatungen finden dort vom 1. Oktober ab alle 14 Tage statt. [M. 1,20] Der Vorstand.

### Wittstock.

Der Vorsitzende wohnt: Grüner Vorstadt Nr. 31. Der Kassierer: Oberkettenstraße Nr. 496. [M. 1,20]

### Zehdenick.

Die Adresse des Kassierers ist vom 1. Oktober ab: Aug. Wagner, Campstr. 11. [M. 1,20]

**Friedrich Schaub**, geboren 16. November 1878 zu Breitenbach, wird wegen Familieneigentümlichkeiten gefeuert von seinem Bruder Philipp, Barrien, Oberbörnefel. 6. 2. Et. [90,4]

Der Maurer Jakob Pjerschke (Buch-Nr. 285782), geboren zu Helmrichsdorf, wird gebeten, seine Adresse anzugeben. Kollegen oder Zweigvereinsmitglieder, die seine Adresse wissen, werden gebeten, solche an Richard Sango, Friedhofsbogen, Maynsbornerstr. 11, Seitenstr., pt. gelangen zu lassen. [M. 1,50]

### Verbandsversammlungen der Männer.

#### Sonntag, 2. Oktober.

**Berlin.** Alle aus Oberleitern zur Zeit in Berlin arbeitenden Kollegen der Herberge und Vormittags bei Witz. Weintr. 11. Alle Kollegen müssen erscheinen. Punktgenau 2 Uhr im Schmidtm. bei Herrn Witz. Zug. Eichwalde, ordnung wichtig. Alle Kollegen müssen erscheinen. Gr. Schönfeld, Punktgenau 2 Uhr bei Jung. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Niemegk, niemandig. Rendsburg, Punktgenau 3 Uhr im Vereinslokal. Punktliche Erreichung ist Niemegk, niemandig. Rendsburg, Punktgenau 3 Uhr bei Herrn Niemegk. Das Ereignis alter Tempeln, erscheinen 2 Uhr bei Herrn Niemegk. Das Ereignis alter Zerbst, Punktgenau 3 Uhr bei Herrn Niemegk. Die Mitglieder müssen erscheinen. Berlin, Punktgenau 3 Uhr im Vereinslokal. Das Ereignis alter Bitterfeld, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

#### Dienstag, 4. Oktober.

**Wittenberg.** Abends 7 Uhr im „Volksgarten“. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

#### Mittwoch, 5. Oktober.

**Guben.** Abends 7 Uhr im „Volksgarten“. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

#### Donnerstag, 6. Oktober.

**Bassen.** Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Ereignis alter Mitglieder sehr. Abends 6 Uhr im „Vereinslokal“. Die Mitglieder sind mitzubringen.

**Neuhardenberg.** Abends 6 Uhr im „Vereinslokal“. Die Mitglieder müssen erscheinen. Die Mitglieder müssen mitzubringen.

#### Freitag, 7. Oktober.

**Sommerfeld.** Im „Fürstensee“. Vierter Stock. Eberschmid. Ereignis alter Köttingen ist niemandig.

#### Sonntag, 9. Oktober.

**Neuhaldensleben.** Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder müssen erscheinen. Abends 6 Uhr im „Vereinslokal“. Die Mitglieder sind mitzubringen.

#### Saathen.

**Neuhardenberg.** Nachmittags 4 Uhr im „Vereinslokal“. V. D. Vorstand. Neuhardenberg, Nachmittags 4 Uhr, Berndshausen. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Werder, Nachmittags 4 Uhr bei H. Hoff. Zahlreiche Ereignisse der Mitglieder erwünscht.

#### Bauhandwerker-Versammlungen.

**Sonntag, 2. Oktober.** Im Lehmannischen Lokal, Pöhlenerstraße. Um zahlreichen Besuch Rogasen. Im Lehmannischen Lokal, Pöhlenerstraße. Um zahlreichen Besuch.

#### Central-krankenhaus der Männer usw.

**Sonntag, 2. Oktober.** Generalsammlung. Das Ereignis alter Mitglieder ist dringend Zahnha. notwendig.

**Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurr & Co. in Hamburg.**